

Pfeffer, Karl-Heinz

Article — Digitized Version

Der weltpolitische Wandel eines halben Jahrhunderts als Hintergrund zum Wandel der Weltwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pfeffer, Karl-Heinz (1958) : Der weltpolitische Wandel eines halben Jahrhunderts als Hintergrund zum Wandel der Weltwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 10, pp. 579-589

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132707>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der weltpolitische Wandel eines halben Jahrhunderts als Hintergrund zum Wandel der Weltwirtschaft

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Hamburg

Als bloße Zeitspanne bedeutet ein halbes Jahrhundert nicht sehr viel. Jahrzehnte können einfach ablaufen, ohne daß im Sinne der Weltgeschichte etwas in ihnen geschieht.

Das halbe Jahrhundert zwischen den Jahren 1908 und 1958 jedoch stellt eine Epoche dar, in der sich Weltgeschichte ereignete. Das Gesicht der Welt hat sich verändert, es ist in diesen fünf Jahrzehnten ein weltpolitischer Wandel eingetreten.

Der weltpolitische Wandel hat vielleicht das Wesen der Welt wenig geändert, der „Geist der Zeit“ mag sich kaum gewandelt haben. Schon 1908 gab es Anfänge der Luftfahrt und der modernen Chirurgie, der Serologie und der Kunstfaserherstellung, des Funkverkehrs und des Automobilbaus, der Kunstdünger Verwendung und der Hybridisierung von Nutzpflanzen. Schon damals umspannten Verkehrswege die ganze Erde, und Industriewaren erreichten fast alle Länder. Der Mensch hatte einige Bereiche der Natur besser zu erkennen gelernt als in früheren Jahrhunderten und mit Hilfe von Chemie und Physik, Medizin und Technik begonnen, Naturkräfte zu entfesseln oder zu bändigen. Was damals noch im Anfang stand, ist seitdem systematisiert und perfektioniert worden. Jedenfalls gab es schon die geistige Möglichkeit zur Herrschaft des Menschen über gewisse Bezirke der Natur.

Wenn sich daher auch das Wesen der Welt wenig geändert haben mag, so ist doch der Wandel im äußeren Bild des politischen Lebens einschneidend gewesen. Die Weltwirtschaft mag in ihren technischen Grundlagen seit 1908 nur ausgebaut worden sein, ihre politischen Voraussetzungen haben sich geändert. Die politischen Änderungen vollzogen sich zugleich oder kurz nacheinander auf gesellschaftlichem Gebiet und im quasi-autonomen Raum des staatlichen Lebens. Gesellschaft und Staat haben bei allen Veränderungen aufeinander eingewirkt, so weit man sie überhaupt als voneinander getrennte Bereiche erkennen will. Die Einwirkungen sind nicht nach einfachen Kausalregeln zu erklären, ihre verschlungenen Kanäle sind oft schwer zu entwirren, aber jedenfalls stehen gesellschaftliche und staatliche Wandlungen in einem unauflöselichen Zusammenhang.

Die Staaten waren um 1908 mächtiger als in früheren Jahrhunderten. Sie legten der Gesellschaft ihr Gesetz auf, so sehr sie dabei auch von gesellschaftlichen Kräften bestimmt gewesen sein mögen. Sie bildeten ein „Staatsensystem“.

Dieses Staatensystem hatte sich in seinen Grundzügen seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts nicht allzusehr verändert. Es glied dem System des Wiener Kongresses. Es wurde in erster Linie durch eine Reihe euro-

päischer „Mächte“ getragen, deren Gewicht und Einfluß vielfach gestuft waren. Noch immer gab es wie 1815 die beiden „Westmächte“ Großbritannien und Frankreich in einem dialektischen Zusammenspiel mit der russischen Ostmacht. Zwischen Westen und Osten stand die habsburgische Monarchie. Von den nördlichen Ebenen Mitteleuropas aus hatte Preußen sein Wachstum zu dem von Berlin her gelenkten Deutschen Reich vollendet, während von der Ebene Oberitaliens aus Piemont Italien geeinigt hatte. Wie 1815 lagen zwischen diesen größeren Staaten die Niederlande und die Schweiz. Die Niederlande hatten sich freilich aus einem einzigen in drei Staatswesen umgewandelt. An den Flügeln des zentralen Ost-West-Systems standen wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts die älteren, langsam schwächer werdenden Mächte: Spanien und Portugal, Dänemark und Schweden, am nördlichen Flügel hatte sich Norwegen gerade von seinen Nachbarländern gelöst. Im Südosten Europas verfügte die Osmanische Türkei noch immer über großen Einfluß, wenn ihr auch Griechenland entglitten war, wenn auch Serbien, Montenegro, Rumänien und Bulgarien Handlungsfreiheit gewonnen hatten. Die Grundzüge des europäischen Staatensystems hatten sich also wenig geändert.

Wie es die Staatsmänner des Wiener Kongresses vorausgesehen hatten, hielt die Neue Welt die Alte Welt im Gleichgewicht. In Nordamerika gab es einen kräftigen Staat mit unbezähmbarem Unabhängigkeitswillen, im übrigen hatten andere Tochterstaaten Europas Handlungsfreiheit gewonnen, soweit sie Wert darauf legten. Es gab Republiken spanischer, portugiesischer, französischer Sprache und selbständige Nebenländer der britischen Krone, in denen man Englisch, Französisch oder Niederländisch sprach, wo immer die Wehrlosigkeit der voreuropäischen Bewohner, die maritime Erreichbarkeit, die Siedlungsmöglichkeit und das Klima günstige Voraussetzungen zur Entstehung europäischer Gemeinwesen geschaffen hatten. Theodore Roosevelt regierte die USA als mächtige Schwester Europas. Wilfrid Laurier sprach von Hause aus Französisch und Louis Botha das niederländische Afrikaans, doch beide führten ihre Staaten Kanada und Südafrika in ein mit London zusammenarbeitendes Commonwealth neben Australien, Neuseeland und das noch Irland umfassende „Vereinigtes Königreich“. Argentinien, Chile, Uruguay und Brasilien ließen sich als Nichten Europas von Nordamerika, England, Frankreich und Deutschland umwerben.

Die europäischen Länder, ihre Schwester- und Tochterstaaten hatten im Laufe des 19. Jahrhunderts die nichteuropäische Welt mit ihrer Macht und ihrem Einfluß durchdrungen. China war 1842, Japan 1854 ge-

waltsam „geöffnet“ worden. Freilich hatte sich kurz vor 1908 gezeigt, daß von Ostasien her mit einer Gegenwirkung zu rechnen war. Der chinesische Boxeraufstand hatte den Europäern, die als Kaufleute in Schanghai, als Diplomaten in Peking oder als Gouverneure in Tsingtau und Hongkong saßen, ein Warnzeichen gegeben. Japan hatte kurz vor 1908 eine europäische Großmacht besiegt. Immerhin drückte sich Ostasien in einer Europa verständlichen Sprache aus, soweit es nicht noch in Schweigen verharrte.

Mit Ausnahme Ostasiens waren die anderen Kontinente Europa oder dessen Tochterstaaten erlegen. Großbritannien, Frankreich, Belgien, Portugal, das Deutsche Reich, Italien und Spanien hatten von Forts und Faktoreien an der Küste aus Afrika untereinander aufgeteilt, nur das schwer zugängliche Äthiopien und das dem Osmanensultan unterstellte Libyen ausgespart, Liberien dem Einfluß der USA überlassen. Im südlichen und südöstlichen Asien war Siam zwischen den rivalisierenden Mächten unabhängig geblieben. Im übrigen teilten sich Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, die USA und Portugal in die Oberherrschaft. Wo die Osmanenherrschaft in Vorderasien und Nordafrika schwach wurde, schoben sich Europäer in entscheidende Positionen (so in Ägypten, im Süden und Osten der Arabischen Halbinsel, im Libanon). Großbritannien und Rußland hatten kurz vor 1908 ihre Einflußsphären im Iran gegeneinander abgegrenzt. Afghanistan und Tibet hatte man wie das türkische Anatolien als Isolierkammern zwischen der nordasiatischen Ausdehnungszone Rußlands und dem südasiatischen Ausdehnungsraum Westeuropas ausgespart. Europa griff um 1908 von Sankt Petersburg bis Buchara und Wladiwostok, von Paris bis Saigon und Hanoi, von London bis Singapur und Hongkong, von Amsterdam bis Surabaja und Makassar, von Lissabon bis Goa und Macau. Europas Tochterstaaten dehnten ihre Macht im Pazifik bis zu den Philippinen, bis nach Guam und nach Neuguinea aus. Damals hatten der Amerikaner Mahan und der britische Geograph Mackinder den Begriff „Eurasien“ in Umlauf gebracht, mit dem sie Gedankenverbindungen von einer bedrohlichen Macht erwecken wollten, die ihren Einfluß zum Schaden der maritimen Nationen von Zentralasien nach Europa auszudehnen drohe. Soweit es aber „Eurasien“ gab, lag die Herrschaft über das riesige Gebiet in den Hauptstädten Europas.

So stand die Erde 1908 unter europäisch-amerikanischer Vorherrschaft. Das internationale Recht folgte den in Europa entwickelten Normen. Die großen Verkehrssprachen stammten aus Europa. Europas Sozialordnung galt überall als fortschrittlich. Die Regeln des menschlichen Zusammenlebens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die in New York und San Franzisko, in London und Sydney, in Paris und Moskau, in Berlin, Wien, Rom und Madrid entwickelt worden waren, wurden als Normen der Gesittung anerkannt. Die Weltpolitik wurde von Europa und den überseeischen Europäerstaaten geprägt, in ihr

herrschten einheitliche Maßstäbe auch für das wirtschaftliche Leben. Es sah so aus, als solle die Erde von den gemeinsamen Normen der kooperierenden Staaten Europas und Nordamerikas geformt werden. Der Schein trog jedoch. Die Weltpolitik hat einen anderen Weg eingeschlagen und dadurch seit 1908 die Voraussetzungen für weltwirtschaftliches Handeln von Grund auf verändert.

DIE BEGRENZUNG DER EUROPÄISCHEN MACHT AUSSERHALB EUROPAS

Die 1908 zu erwartende Vorherrschaft Europas auf der ganzen Erde besteht 1958 nicht mehr. Staaten, die 1908 vor der Unterwerfung durch Europa zu stehen schienen, sind frei geblieben. Alte Kulturländer, die damals von Europäern beherrscht wurden, haben sich als selbständige Staaten konstituiert. Neue Staaten, die sich nicht einmal auf eigene Traditionen vor der Europäerherrschaft berufen konnten, sondern von den Europäern selbst abgegrenzte Territorien zum Ausgangspunkt selbständigen Handelns machten, haben ihre Unabhängigkeit gewonnen. Frei gebliebene, frei gewordene und neu formierte Staaten außerhalb Europas sind als politische Faktoren auf die geschichtliche Bühne getreten. Das Staatensystem hat sich zu einem weiten Netz ausgedehnt, seine Knoten liegen nicht mehr nur in Europa.

Nur die russische Macht hat sich dort behauptet, wo sie schon 1908 in Asien stand, sie hat sich teilweise sogar noch ausgedehnt. Als die Zarenherrschaft 1917 gestürzt wurde und als dann die soziale Revolution das bürgerliche Rußland von Grund auf verwandelte, erhoben sich die früher durch Russen eroberten Gebiete Asiens. Sie erklärten sich selbständig und proklamierten den Willen zu eigenen Formen von Politik und Kultur, sie bekannten sich zu Religionen und Sprachen, die für Moskau und Petersburg so fremd waren wie das Arabische oder das Siamesische für London und Paris. Die neuen Herrscher Rußlands ließen dem Unabhängigkeitswillen der asiatischen Provinzen einen gewissen Spielraum, weil sie noch keine Kräfte zu seiner Niederwerfung besaßen. Sie schmeichelten ihm und benutzten ihn gegen das westliche Europa. Aber bevor hier ein ernsthafter Zerfall der Macht eingetreten war, wurden die Zügel wieder straff gezogen. Zwar besaß jede Sowjetrepublik das von der Verfassung verbürgte Recht zur Sezession aus der Union, aber der Wunsch nach einer Verwirklichung dieses Rechts wurde als Ausdruck konterrevolutionärer Gesinnung durch die Zentralregierung unterdrückt. Wer sich von Moskau trennen wollte, galt zwar nicht als Landesfeind, aber als Klassenfeind. Die kulturellen Bestrebungen der nicht-russischen Völker wurden scharf beschränkt und oft als klassenfeindlicher Nationalismus verfolgt. Islam und Buddhismus, die man als Gegenkräfte zur russischen Orthodoxie zeitweise gefördert hatte, unterlagen später denselben Gleichschaltungsprinzipien wie die russische Kirche. Die lateinische Umschrift der Landessprachen wurde durch die kyrillischen Schrift-

zeichen ersetzt. Russisch war faktisch die Sprache des Reiches. Es bedeutete wenig, daß es seinen Anspruch nicht mehr als Sprache einer führenden Nation, sondern als Sprache des proletarischen Staates verfocht. So verschwanden Reste alter Sonderstellungen wie die Stammesverfassung der Berghirten im Altai oder der Einfluß des Emirs von Buchara. Moskau als Hauptstadt des „europäischen Rußland“ setzte seinen Willen in Taschkent und in Irkutsk durch. Die Niederlage von 1904 wurde 1945 gerächt, als japanische Armeen in russische Gefangenschaft wandern mußten. Ganz Sachalin und die Kurilen mußten von Japan an Rußland abgetreten werden.

Freilich wurde die direkte Macht des europäischen Rußlands auf die Territorialgrenzen der Sowjetunion in Asien zurückgenommen. Das Vorfeld, in dem früher der Zar und später die Sowjetregierung viel zu sagen hatten, wurde geräumt. Auch Dairen und Port Arthur, auch die mandschurische Bahn wurde dem kommunistisch gewordenen China ausgeliefert. Der Einfluß Moskaus in der Mongolischen Volksrepublik wurde so weit verringert, wie der Einfluß Peking wuchs. Die Moskauer Regierung hat alle Durchdringungsbemühungen in Sinkiang (Ost-Turkestan) eingestellt, seitdem sich China um dieses Außenland seines Herrschaftsraums kümmert. Rußland hat seit 1908 in Asien kein eigenes Land verloren, aber es hat seine Grenzen gefunden.

Der Aufstieg der chinesischen Macht vor den Grenzen Rußlands ist das wichtigste Ereignis bei der seit 1908 erfolgten Enteuropäisierung der Erde. Er war unwiderruflich vollzogen, als die Heere Mao Tse-tungs 1949 in Peking, Schanghai und Kanton einmarschierten. Die chinesische Revolution begann kurz nach 1908, sie erlitt Rückschläge, ihre Kräfte zersplitterten sich, sie wurde durch Eingriffe der Amerikaner, der Japaner, der Russen, der Engländer gestört. Sie endete aber damit, daß China wie vor 1842 von sich aus die Bedingungen festlegen kann, nach denen es mit der übrigen Welt verhandelt. China hat als gleichgewichtiger Bundesgenosse seine Meinung zur Politik Moskaus in Entscheidungsstunden 1956 und 1958 gesagt. China hat gegen die Amerikaner in Korea eingegriffen. Seine 600 Millionen Menschen stellen ein politisches Schwergewicht dar, das von keinem Gegenspieler außer acht gelassen werden kann. Die „ungleichen Verträge“ zugunsten der Europäer sind gefallen. Tsingtau und die Konzessionen europäischer Staaten in den großen Hafenstädten sind chinesischer Hoheit unterworfen. Der Seezoll untersteht nicht mehr ausländischen Beamten. Die fremden Gesandtschaftswachen sind aus Peking verschwunden. Die Entwicklung der Rohstoffvorkommen und der Ausbau der Verkehrswege unterliegen chinesischen Entscheidungen. Das riesige Land, in dem fremde Truppen Spaziergänge machen konnten, ist zu einer unangreifbaren Militärmacht geworden. Der volkreichste Staat der Erde ist frei von jeder Bevormundung durch Europa.

Er hat seine Macht in die Isolierzone Innerasiens hinein ausgedehnt und Tibet dichter an die Zentralgewalt herangezogen. Er hat Sinkiang aus der drohenden Bindung in einseitig nordwestlicher Richtung gelöst und dort mit Hilfe der Russen und in Absprache mit den Russen ein neues Kraftzentrum geschaffen, das wirtschaftlich zugunsten des übrigen Chinas arbeitet. Die Mandschurei und die Innere Mongolei sind 1958 zu Wirtschaftszonen erschlossen worden, die ihr Gesicht Peking zuwenden. China besitzt Verbündete im Vorfeld seiner Kernlande, die 1908 unter fremder Herrschaft standen. Nordkorea und Nordvietnam arbeiten eng mit der chinesischen Wirtschaft zusammen. Die Mehrzahl der Auslandschinesen in Südostasien ist stolz auf den Aufstieg der großen alten Heimat und läßt ihre eigene Arbeit mindestens zu einem Teil China zugute kommen. China kann seine Hilfe Ländern anbieten, die ihm nach Regime und Gesinnung keineswegs gleichgeschaltet sind. Es hat ein besonders gutes Verhältnis zu Indonesien, zu Kambodscha, zu Laos und zu Burma gewonnen oder wenigstens auf eine gewisse Zeitperiode herstellen können.

Japan hat gewiß seine territorialen Ausdehnungshoffnungen in früher russisch beherrschtes Gebiet aufgeben müssen und sogar Einbußen an Rußland erlitten. Es hat den Wunsch, einigende Vormacht Ostasiens zu werden, bitter gebüßt. Es hat amerikanische und europäische Soldaten, Wirtschaftskräfte und Kulturinflüsse in sein eigenes Land gelassen. Dadurch aber, daß es weltpolitisch schwächer geworden ist als 1908, hat es auch die enge Interessensolidarität mit Europa-Nordamerika in einem gewissen Umfang verloren. Japan gehört nicht mehr zu derjenigen Staatengruppe, die eine Strafexpedition nach Peking schickte. Es ist schwächer geworden, hat aber in seiner Schwäche Distanz vom „Westen“ gewonnen. Es ist Asien gegenüber von der diskreditierenden Bindung an den Westen befreit worden. Die Narben von Hiroshima ordnen Japan in die Front der Länder ein, die nur mit Reserve von den gemeinsamen Interessen der nach westlicher Art lebenden Menschen sprechen. Japan wendet sich nicht mehr gegen den Westen, aber es ist auch nicht mehr östlicher Vorposten des Westens.

Im weiten Raum des Pazifischen Ozeans ist das Übergewicht der großen Seemächte noch nicht erschüttert worden. Sie halten mit ihren Luftflotten auch viele der nichteuropäischen Inseln in Schach. Aber selbst hier müssen die Europäer mehr Rücksicht auf Empfindlichkeiten der Nichteuropäer nehmen als in früheren Zeiten. Das gilt in Südkorea und in Formosa, auf den Ryu-Kyu-Inseln und auf den Philippinen, auf den Karolinen und Marianen, auf Fidschi und Samoa, auf den Salomonen und auf Neukaledonien. Japaner, Chinesen, Mikronesier, Melanesier und Polynesier in Ozeanien verhalten sich nicht mehr nur passiv gegenüber den von den USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland oder den Niederlanden getragenen Einwirkungen. Das eigentliche Südostasien

greift mit seinem Unabhängigkeitswillen in den südwestlichen Pazifik hinüber, und man kann die Philippinen oder das westliche Neuguinea auch zu dem politisch selbständig gewordenen Raum rechnen, in dem sich seit der Vorzeit Rassen und Kulturen Chinas, Indiens und Ozeaniens begegneten, sich dann gemeinsam mit der Herrschaft seefahrender Eroberer aus Vorderasien, Europa oder Amerika auseinandersetzen.

Das französische „Indochina“ besteht nicht mehr. Laos und Kambodscha sind unbestritten selbständig und führen eine neutral-vorsichtige Außenpolitik. Süd-vietnam ist dabei, mit amerikanischer Hilfe den französischen Einfluß auszuschalten und sich die Entgegennahme amerikanischer Hilfe bezahlen zu lassen. Indonesien hat sich zu einem einflußreichen Staatswesen gemacht, das wegen seiner Menschenfülle, seines Warenreichtums, seiner Begabung und seiner guten geographischen Lage keine Sorge über gelegentliche Rückschläge beim Aufbau hat. Die Positionen im Meeresraum Indonesiens, die noch unter europäischer Herrschaft stehen: das von den Niederlanden verwaltete West-Neuguinea, Portugiesisch-Timor und die drei britisch verwalteten Gebiete des nördlichen Borneo, bilden kein Gegengewicht gegen den indonesischen Großstaat. Singapur ist auf dem Wege zur Selbständigkeit, Malaya ist zu einem selbständigen Gliedstaat im Commonwealth geworden, Burma ist sogar aus dem Commonwealth ausgeschieden. Thailand stützt sich zwar noch immer stark auf das Bündnis mit einer Macht des europäisch-nordamerikanischen Kulturkreises, aber es könnte im Falle eines entsprechenden Wunsches auch anders. Es ist nicht mehr als Pufferstaat eingezwängt zwischen den Franzosen in Indochina und den Engländer in Burma oder Malaya.

Die Länder Südasiens haben nicht nur die Herrschaft Europas abgeschüttelt, sondern die Indische Union wird allgemein als Großmacht betrachtet und behandelt, obwohl sie militärisch nicht aufgerüstet hat. Bhutan und Sikkim richten sich nach ihr wie früher nach Großbritannien. Nepal kann sich im Einvernehmen mit ihr frei bewegen. Ceylon kann selbständig handeln wie jeder andere Staat seiner Größe und Einwohnerzahl. Nicht einmal die kleine britische Restposition auf den Malediven ist unbestritten geblieben, seitdem 1957 der Flottenstützpunkt Trincomalee aufgegeben werden mußte. Daß Pakistan eng mit den USA zusammenarbeitet, erklärt sich aus seiner inneren Lage, nicht aber aus amerikanischen Herrschaftsansprüchen.

Während Ost-, Südost- und Südasien seit 1908 ihr eigenes Schicksal unbestritten in die Hand genommen und damit die europäische Macht eindeutig begrenzt haben, läßt sich eine ähnlich kategorische Feststellung für die drei anderen außereuropäischen Erdräume nicht ohne Einschränkung machen. Aber auch dort: im „Mittleren Osten“ und „Nahen Osten“ (besser gesagt: im islamischen Kulturbereich zwischen Pamir

und Atlantik), in Afrika südlich der Sahara und in Iberoamerika ist die europäisch-nordamerikanische Macht an ihre Grenze gekommen. Sie dehnt sich nicht weiter aus. Sie muß sich gegen ständige Angriffe und Erschütterungen verteidigen. Mitten in ihren noch festgehaltenen Positionen finden sich Bastionen des eigenständigen Willens, echter Unabhängigkeit. Das ist eigentlich erst im letzten Jahrzehnt des Halbjahrhunderts vollzogen worden, obwohl schon im ersten Jahrzehnt, also bis 1918, der erste Weltkrieg den Weg zur neuen Lage bahnte.

Im Mittleren und Nahen Osten war die neue Lage mit dem Untergang des Osmanenreiches gegeben. Die Geheimverträge der Alliierten von 1915, die eine Teilung der Beute zwischen Rußland, Frankreich, Großbritannien und Italien vorsahen, blieben illusorisch. Ihre Abmachungen wurden sofort durch den Aufstieg der kemalistischen Türkei durchkreuzt, die sich zwar zu Europa rechnete, aber ihren nichteuropäischen Nachbarländern doch ein eindrucksvolles Beispiel gab, wie sich ein technisch rückständiges Land rasch durch besondere Taktiken und Methoden, durch Beharrlichkeit und Wendigkeit die Freiheit erringen kann, wie auch der wirtschaftlich, politisch und militärisch schwächere Staat innerhalb des Weltstaaten-systems einen Preis für sein Wohlwollen fordern und seine Stellung mit Hilfe dieses Preises stärken kann. 1908 lag der Nahe Osten in der Abenddämmerung der osmanischen Macht. Das letzte Aufleuchten der alten Kraft in der jungtürkischen Bewegung konnte den Einbruch der Dunkelheit nicht aufhalten. Was Araber, Iraner, Afghanen, Somali oder Äthiopier hinter dem riesigen Schatten des Osmanenreiches taten, wußte man kaum. Man grenzte sie ein und unterhielt sich über die Teilung ihrer Länder.

Südlich des türkischen Kernstaates findet sich aber 1958 ein arabischer Raum, dessen Völker zur Herstellung der nationalen Einheit entschlossen sind. Es gibt in ihnen allenfalls Meinungsverschiedenheiten über die soziale und politische Form dieser Einheit. Wo Europa die Begrenzung seiner Macht nicht hinnehmen will, kann es sich nur mit militärischer Gewalt halten, die ihm bei der übrigen Menschheit Prestigeverluste einbringt. Frankreich kämpft um seine Positionen in Algerien, aber Algeriens Nachbarstaaten sind selbständig, und der tunesische Präsident findet in der Weltöffentlichkeit aufmerksames Gehör. Großbritannien kämpft um seine Positionen auf Zypern, in Aden und am Persischen Golf. Die Kernpunkte seiner früheren Macht aber hat es verloren: die alten Kalifenstädte Kairo und Bagdad beherbergen unabhängige Regierungen. Die selbständige Republik Sudan hat ihre britischen Beamten nach Hause geschickt. Die Landung britischer Fallschirmtruppen in Amman hat die Heimsendung des Generals Glubb Pascha nicht aufwiegen können. Im größeren Teil der Arabischen Halbinsel entscheiden nur die Araber in letzter Instanz über ihr Schicksal, im „fruchtbaren Halbmond“ des Nordens wissen die amerikanischen

Marinesoldaten, daß sie nur geduldete Gäste sind. Afghanistan ist frei und bestimmt selbst das Tempo seiner Modernisierung. Das iranische Kaiserreich befindet sich in ähnlicher Lage wie Pakistan, seine inneren Verhältnisse veranlassen es zur Allianz mit Fremden. Kuwait, Bahrain, Qatar, die Vertragsküste und Maskat erwecken heute das Interesse der ganzen Welt, auch in diesen Staaten müssen Konzessionen an den Wunsch nach Selbständigkeit gemacht werden. Israel war 1908 noch Traum der Zionisten, heute ist es Wirklichkeit. Damit hat der Nahe Osten insgesamt eine Kraftsteigerung erfahren. Israel steht in einem dialektischen Verhältnis zu seinen Nachbarländern, es darf nicht einfach als Verbündeter Europas oder Nordamerikas angesehen werden. Seine Bauern, Bürger und Soldaten wollen den neuen, alten Boden zur Heimat für Kinder und Enkel machen. Wie sorgfältig auf alle Chancen geachtet wird, zeigte sich 1958, als Israel die britische Luftbrücke zwischen Zypern und Jordanien unterbrach. Es hat schließlich auch seine Freiheit im Kampf gegen britische Soldaten errungen, obwohl es wie die benachbarten Araber auch mit Großbritannien verbündet war. In Libyen und am Roten Meer ist die italienische Herrschaft verschwunden, 1960 will Italien auch die Treuhandschaft in Somalia aufgeben. Äthiopien kann wie Afghanistan das Tempo der Modernisierung selbst bestimmen und alle fremden Hilfeleistungen sorgfältig miteinander ausgleichen.

Südlich der Sahara gibt es das freie Ghana. Es gibt einheimisch-moderne Staatswesen in Nigerien, Sierra Leone und Gambia, Kamerun, Togo, den acht Territorien, für die ein französischer Generalgouverneur in Dakar noch die Verantwortung trägt, und ihren vier Schwesterterritorien, die Berichte nach Brazzaville liefern. Nur Portugal und Spanien setzen in kleinen Gebieten des westlichen Afrikas die Politik fort, die 1908 üblich war, sonst hat sich dort alles geändert. Im übrigen steht fest, daß die dortigen Völker selbständig werden, nur das Wie ist noch umstritten.

Im östlichen und südlichen Afrika ist der europäische Einfluß, äußerlich gesehen, noch größer. Aber Europa muß unendlich größere Anstrengungen als 1908 machen, um sich überhaupt halten zu können. Es wird nicht mehr zwischen Dritten verhandelt, ob Angola und Mosambik von Portugal in andere europäische Hände gegeben werden sollten, sondern die Weltöffentlichkeit fragt nach dem Schicksal der dortigen Afrikaner. 1908 war der Kongostaat gerade zur Kolonie Belgiens gemacht worden, 1958 hat Belgien sein Kolonialministerium umbenannt in „Ministerium für den Kongo und für Ruanda-Urundi“. Das „Gewissen Afrikas“ ist in Belgien selbst und bei den Afrikanern am Kongo erwacht, der Weg zur Eigenstaatlichkeit ist eingeschlagen worden. Großbritannien hat in Rhodesien zunächst dem Willen der aus Europa und Südafrika gekommenen Siedler nachgegeben, aber heute verhandeln Afrikaner aus Rhodesien und Njassaland mit London über ihre Rechte. Großbritannien hat in

schweren Anstrengungen den Mau-Mau-Aufstand niedergeschlagen. Heute aber ist nicht mehr umstritten, daß Kenia wie Uganda, Tanganjika und Sansibar selbständig werden sollen. In diesen Ländern geht es nur noch darum, für die europäischen Minderheiten gewisse Rechte zu sichern. Daß die Nichteuropäer in Afrika auf den Gebieten der Sozialordnung und der Volksgesundheit, der Schule und der Kirche, der geistigen und künstlerischen Leistung, der Technik und Wirtschaft seit 1908 entscheidende Fortschritte gemacht haben, zählt politisch ebenso wie diese oder jene Änderung im politischen Verwaltungssystem.

Die Südafrikanische Union hätte noch 1908, wenn sich damals dort Buren und Briten einig gewesen wären, ohne wesentliche Aufmerksamkeit der übrigen Welt eine Politik der Apartheid, wie sie dort verstanden wird, einleiten können. Heute setzt sie sich damit in Gegensatz zu zahlreichen Staaten. Sie hat zeitweise ihre Mitarbeit in der UNO fast eingestellt, sie muß sich von Indien und Pakistan boykottieren lassen, sie muß besonders sorgfältig auf das diplomatische Protokoll gegenüber Ghana achten. Zwar herrschen in ihr die Europäer vor, zwar haben die in Afrika beheimateten Europäer der Union jede Bevormundungsmöglichkeit durch London ausgeschaltet, aber sie glauben, sich wehren und sichern zu müssen gegen das nichteuropäische Afrika, dessen Möglichkeiten sie 1908 keineswegs derart ernst nahmen.

In Iberoamerika ist die europäische Macht, die früher unter Umständen noch einmal gegen Nordamerika ausgespielt werden konnte, verschwunden. Die deutschen und britischen Wirtschaftspositionen haben ihre politische Bedeutung ebenso verloren wie die französischen oder spanischen Kulturpositionen. Dänemark hat seine Besitzungen in der Karibischen See verkauft. Frankreich hat seine Territorien in Guayana, Martinique und Guadeloupe den europäischen Departements gleichgestellt. Die Niederlande haben Surinam und ihre Antillen zu autonom-verbündeten Staaten unter einer gemeinsamen Krone erhoben. Britisch-Westindien ist als Gliedstaat im Commonwealth 1958 fast selbständig geworden. Einheimische Politiker der Bahamas, Belizes und Britisch-Guayanas verhandeln über das Ausmaß ihrer autonomen Rechte.

Es ist behauptet worden, daß der Rückzug Europas aus Iberoamerika die dortige Vorherrschaft Nordamerikas verstärkt habe. Das gilt aber nur in einem gewissen Maße. Nordamerika kann keineswegs automatisch über die Stimmen des „lateinamerikanischen Blocks“ in der UNO verfügen. Überall erheben sich soziale Bewegungen. Immer wieder haben einige Staaten versucht, durch freiwilligen Zusammenschluß ihr Gewicht dem nördlichen Nachbarkontinent gegenüber zu verstärken. Gerade die Isolierung des nordamerikanischen Übergewichts hat den Unabhängigkeitswillen Iberoamerikas gestärkt. Die südlichen Teile der Neuen Welt werden nicht mehr durch bedeutungslose Wachablösungen zwischen Offiziersgruppen erschüttert, sondern durch politische Revo-

lutionen, hinter denen die Massen der Bauern und Arbeiter stehen. Die Führer der Revolutionen können die Bewegungen irreleiten, dann werden sie weggefegt, und ein neuer Anlauf entsteht. Noch greift Nordamerika gelegentlich ein, wie in Guatemala oder in Panama, aber im Grunde ist die 1908 übliche Politik der Züchtigung mit dem „großen Stock“ nicht mehr möglich.

Argentinien und Brasilien sind große und eigenwillige Staaten. Als Perón gestürzt war, kam Frondizi, als Vargas tot war, kam Kubicek. Bolivien, Chile und Paraguay entwickeln eigene soziale Konzeptionen. In Peru oder Ekuador, Kolumbien oder Venezuela sind diejenigen Regierungen gestürzt worden, die nicht sorgfältig genug auf ihre Selbständigkeit gegenüber Washington zu achten schienen. Uruguay kann sich nicht mehr auf den großen britischen Freund verlassen, sondern muß sich mit den Nachbarn arrangieren. El Salvador, Kostarika und Haiti können eigene Pläne der sozialen Sanierung entwickeln. In Panama, Kuba und Guatemala sitzen die Machthaber nicht sehr sicher, wenn sie nicht auf nationale und soziale Wünsche ihrer Untertanen achten. Der nordamerikanische Einfluß stützt sich vielleicht noch auf Nikaragua, Honduras und die Dominikanische Republik, aber er kann mit diesen Bundesgenossen nicht sonderlich paradiern. Washington ist den Portorikanern weit entgegengekommen. Vor allem aber hat Mexiko, das unmittelbare Nachbarland der USA, das Recht auf einen eigenen Weg erkämpft.

Europa und die von Europäern geführten Großstaaten oder Mittelstaaten der Neuen Welt müssen sich 1958 anders als 1908 in riesigen Räumen der Erde mit eigenständigen Kräften einigen, die ihrer Macht eine klare Grenze setzen. Die Erde ist seit 1908 vielfarbiger und vieltöniger geworden. Sie ist durch das Stadium der machtmäßigen Europäisierung hindurchgegangen, das Stadium ist jedoch beendet, und außer-europäische Machtkerne sind neu entstanden. Sie bestimmen die Weltpolitik mit, und ihr Gewicht macht sich in der Weltwirtschaft bemerkbar.

IALOG DER WELTMÄCHTE STATT KONZERT DER MÄCHTE
1908 gab es eine ähnliche Rangordnung zwischen den Staaten wie in der Zeit des Wiener Kongresses. Die Großmächte tauschten Botschafter untereinander aus, sonst aber ließen sich die Regierungen durch Gesandte vertreten. Faktische Großmächte waren die „alten“ Staaten des europäischen Systems, die Regierungen in London, Paris, Sankt Petersburg, Wien, Berlin und Rom. Die Überlieferung vergangener Jahrhunderte sorgte dafür, daß auch Madrid und Konstantinopel einen ähnlichen Rang innehaben durften. Dazu kamen in der neu in die Weltpolitik eingetretenen Zone die Regierungen in Washington und Tokio. Diese Regierungen mußten sich untereinander einigen, wenn die Welt ihre Ordnung haben sollte. Es waren freilich alle 8 oder 10 Staaten zu fragen, denn das Übergewicht der einen oder anderen Macht über

die übrigen war nicht derartig groß, daß man auf eine Konsultation hätte verzichten können. Das „europäische Konzert“ war durch den Hinzutritt von Washington und Tokio zu einem weltweiten Konzert ausgeweitet worden, doch war es noch immer überschaubar, wenn auch vielstimmig.

Heute läßt sich kaum noch eine Gruppe von Großmächten aus der Masse der Klein- und Mittelstaaten absondern. Noch immer ist London gewichtiger als Brüssel und Paris stärker als Lissabon. Aber London und Paris haben wie Berlin, Wien und Rom, Madrid und Konstantinopel ihren Rang im Vergleich zu Washington und der neuen Hauptstadt Moskau verloren. Zwei gigantische Machtballungen beherrschen die Weltpolitik, ohne daß sie es objektiv nötig haben, Wünsche der „Kleinere“ übermäßig zu berücksichtigen, selbst wenn diese Kleinere aus Tradition den Titel von Großmächten in Anspruch nehmen.

Die Entwertung des Großmachttranges wird sinnbildlich sichtbar durch die Inflation der Botschafterposten. Kaum ein Staat verzichtet darauf, seinen Diplomaten den Botschafterrang zu verleihen, so daß dieser Titel seine ursprüngliche Bedeutung eingebüßt hat, nach der seinem Inhaber jederzeit Zutritt zum fremden Souverän zustand. Außerdem bezeichnet er keinen Rang der Entsendungsmacht mehr. Es ist sehr leicht möglich, daß der „Botschafter“ eines Kleinstaates das Amt des Doyen für das Diplomatische Korps einer Hauptstadt ausfüllt. Das Protokoll ist seit 1908 stark durcheinander geraten.

Die Hochschraubung einzelner Weltmächte aus der Gruppe der Großmächte begann im ersten Weltkrieg. Bei den „Mittelmächten“ kam es kaum in Frage, daß man sich intensiv über Gruppenabstufungen unterhielt, denn zu ihrem Kriegsbündnis gehörten nur vier Regierungen. Bei den Alliierten dagegen hob sich aus dem Kreis der weltweiten Verbündeten sehr bald eine Gruppe der „Großen“ heraus, in der sich die Möglichkeit der Erhöhung zu Weltmächten andeutete. Die „Großen Vier“, die in Paris verhandelten, standen hoch über den zahlreichen Alliierten geringerer Macht. Die Regierungschefs aus Washington, London, Paris und Rom erweiterten ihren Kreis dann noch um den Vertreter Tokios. Von den alten Hauptstädten hatten Wien und Konstantinopel den staatlichen Unterbau verloren. Sankt Petersburg war nicht mehr Hauptstadt, und Moskau galt nicht als annehmbarer Partner. Berlin stand auf der geschlagenen Seite und hatte nicht mitzureden. Madrid war neutral geblieben und hatte sich dadurch des Mitspracherechts bei der Neuordnung der Erde begeben. Aus 10 Großmächten waren 5 geworden. Das nach dem ersten Weltkrieg entstandene System des Genfer Völkerbundes versuchte eine Verewigung des Unterschieds der Großen und Kleinen. Doch verzerrte sich dort das Bild durch die Ausweitung des Völkerbundesrates, durch die Aufnahme der Besiegten und vor allem durch das zeitweise Ausscheiden der USA.

Wenn Brasilien oder Argentinien, Kanada oder Polen Großmachtrang beanspruchten, dann war damit schon ein Bedeutungswandel des Begriffs vor sich gegangen. Die Aufgliederung der Spitzengruppe setzte sich in den Allianzen des zweiten Weltkrieges fort. Auf der einen Seite standen das Deutsche Reich, Italien und Japan vor einem größeren Kreis kleiner Verbündeter. Auf der anderen Seite ragten die USA und die Sowjetunion an faktischer Macht weit über die Alliierten hinaus, obwohl sie das vom ersten bis zum letzten Tag kämpfende Großbritannien und das durch seinen riesigen Raum wichtige China als ebenbürtig anerkannten. Erst nach dem Kriege gelang es dem französischen Regierungschef durch mancherlei Schachzüge, die Anerkennung Frankreichs als fünfte Großmacht zu erreichen.

Die formale Anerkennung bedeutet wenig, wie heute dadurch sichtbar wird, daß im Sicherheitsrat der UNO die Formosa-Regierung aus Taipeh mitsprechen darf, die Regierung in Peking dagegen nicht. Faktisch erwies sich bei Kriegsende, daß nach der Niederwerfung der Gegenkoalition die USA und die Sowjetunion allein wirklichen Weltmachtrang besaßen, daß sie allenfalls Großbritannien als Dritten im Bunde annehmen konnten, daß aber Frankreich und China (vor 1949) nur aus Höflichkeitsgründen in den Kreis der Weltmächte zugelassen wurden. Diese Lage hat sich durch die Entwicklung der Atomwaffen und anderer moderner Techniken weiter verschärft. Frankreich und Deutschland, Österreich und die Türkei, Spanien, Japan und Italien haben den 1908 besessenen Rang verloren. Sie stehen weit hinter den Regierungen in Washington, Moskau und auch London zurück. Sie wiegen nicht mehr als Schweden oder Jugoslawien, Kanada oder die Indische Union. Aus dem Konzert der Mächte ist der Ost-Westkonflikt oder vielmehr der Dialog zweier Weltmächte geworden, bei dem auf der einen Seite gelegentlich Londoner Abtönungen des amerikanischen Akzents erklingen.

Unwiderstehlich schieben sich sowohl dank ihrer Einwohnerzahl und Gebietsgröße als auch dank der Politik ihrer Regierungen China und Indien an die Gruppe der Weltmächte heran. Zwar sprechen sie bis jetzt nicht unmittelbar mit, aber man achtet sorgfältig auf sie. Die Weltpolitik wird faktisch von vier Staaten beherrscht, die über umfangreiche und räumlich geschlossene Territorien kontinentalen Ausmaßes verfügen. Ihre Kommandohöhen liegen in Washington und Moskau, Peking und Delhi. Erst lange danach kommt London. Man kann handgreiflich sehen, wie das größere Potential von Indien und China den älteren Rang Großbritanniens überholt.

Indem sich die Weltmächte in einen einsamen Dialog hineingesteigert haben, ist ihnen doch gleichzeitig die Kontrolle über die Vielzahl der kleineren Staaten entglitten, die früher von den Großmächten überschattet wurden. Das alte Rußland und das alte Deutschland konnten gemeinsam Nordeuropa neutralisieren, Frankreich und Italien Südeuropa, Öster-

reich Südosteuropa. Japan hielt mit Großbritannien in Ostasien auf Ordnung, die USA betrachteten Iberoamerika als ihre Domäne. Die Weltmächte aber sind so überstark, daß sie nicht mehr in die „Ecken“ des Erdraums hineinreichen können. Wenn sie sich einmal in Bewegung setzen, steigt ein so großer Sturm auf, daß der Jüngste Tag zu nahen scheint. So lagern sie unbeweglich in einsamer Größe.

Schon im Genfer Völkerbund deuteten Anzeichen darauf hin, daß der Entmachtung vieler Großmächte eine Machterhöhung der kleineren und mittleren Staaten entsprechen könne. In der New Yorker UNO ist diese Entwicklung zu Ende geführt worden. Luxemburgs Stimme zählt soviel wie die Frankreichs, Haitis soviel wie die der Sowjetunion. Entscheidungen können von einer einzelnen Stimme abhängen, die unter Umständen ein kleiner Staat zu vergeben hat.

Nachdem die kleineren Staaten diese Lage einmal verstanden hatten, begannen sie, gemeinsam zu operieren. Es kam zu Abreden und Blockbildungen, zu Parteilagen wie in der auf die Rechte des Individualbürgers gestützten Demokratie. Sobald sich die Weltmächte im Sicherheitsrat gegenseitig mit Hilfe ihres Vetorechts blockieren, steigt der Einfluß der vielen Kleinen in der Vollversammlung.

Für die Weltwirtschaft ist bei dieser Entwicklung besonders wichtig, daß die faktische Macht an Bedeutung verliert, das Potential dagegen (das ökonomische, geistige, politische, menschliche Potential) an Bedeutung gewinnt. Fast unbewaffnet schoben sich 1956 Soldaten aus Kolumbien und Burma vor die britisch-französische Invasionsarmee am Suezkanal. Island kam ohne äußere Macht Verabredungen über das Seerecht aufkündigen. Die arabischen Staaten kehren sich kaum an die Warnungen Moskaus und Washingtons, sondern einigen sich sozusagen hinterücks untereinander. Die moralische Autorität Nehrus zählt viel, wenn auch Indien an Macht schwach ist. Jeder Übergriff gegen einen Kleinen schwächt den Großen. Die Zeit der Panthersprünge ist vorbei.

Panthersprünge sind eigentlich nur noch den Weltmächten möglich. Rasche Direktaktionen bloßer Großmächte alten Stils drohen zu scheitern wie die niederländische „Polizeiaktion“ in Indonesien oder der französische Indochinakrieg. Die Weltmächte andererseits sind zu mächtig, um sich in Panthersprüngen verzetteln zu können.

So wird die Weltpolitik im Unterschied zu 1908 durch eine unheimliche und unsichere Balance an der höchsten Spitze der Macht im Gleichgewicht gehalten. Die überstarken Mächte können so wenig zuschlagen, wie es ein überstarker Mensch tun kann, der Gefahr läuft, bei einer harmlosen Züchtigungsabsicht den Gezüchtigten um sein Leben zu bringen.

Die Schlußfolge aus dem Gang der Dinge wird eine Art neutralisierter Polizeimacht sein, über die man 1958 mehr als früher zu diskutieren begonnen hat. Diese Polizeimacht kann nicht mehr wie der internationale

Verband, der im Boxerkrieg nach Peking zog, die Interessen einer Gruppe allein schützen. Sie ist nur einsatzfähig, wenn Einmütigkeit über die Notwendigkeit des Einsatzes besteht, wenn sie dem Willen der Staatengemeinschaft dient. Es ergibt sich das paradoxe Bild, daß die Weltmächte sich durch ihre Übermacht fast entmachtet haben. Während sie ihren Dialog führen, haben die Kleinen auf den Straßen der Erde ein neues System geschaffen, das an die Stelle des Mächtekonzerts vorläufig eine lose Abrede von Gassenjungenbanden oder die spontane Akklamation des breiten Publikums setzt. Es ist möglich, daß diese Strukturwandlung von den eigentlich politischen Entscheidungen auf weltwirtschaftliche Fragen übergreift.

SOZIALREVOLUTION UND SOZIALREFORM ALS WELTPOLITISCHE EREIGNISSE

Um 1908 konnten nur diejenigen Staaten in der Weltpolitik mitsprechen, deren innere Ordnung einem gewissen sozialen Schema entsprach. Politisch aktionsfähig war ein Staat des Landadels oder des Industriebürgertums mit modernen Verkehrs- und Nachrichtsmitteln. Die sich begegnenden Führungsgruppen verstanden sich untereinander. Sie hatten die gleiche oder eine ähnliche Bildung genossen. Sie erkannten den gleichen Kodex gesellschaftlicher Regeln an, ein abgemildertes Zeremoniell des landadligen Lebens. Man mußte, wenn man Akteur der Weltpolitik sein wollte, Bridge und Tennis spielen, reiten und tanzen, Französisch sprechen und Weinsorten unterscheiden können. Höfische Gesellschaftsformen, landadlige Erholungssitten und bürgerliche Bildung im humanistischen Sinne begegneten sich im Verhaltenskodex einer internationalen Diplomatie, die oft bei Eheschließungen die Grenzen der Nationalität übersprang und die Weltpolitik wie ein Schachspiel betrieb.

Das ist, obwohl es anders zu sein scheint, 1958 vorbei. Auch Wüstenfürsten oder Waldbauern, Seeleute oder Gewerkschaftssekretäre, ungehobelte Funktionäre und neureiche Fabrikanten können Staaten bestimmen und von ihrem Heimatstaat aus die Weltpolitik beeinflussen. Das Gespräch der Diplomaten hat an Bedeutung verloren. Schnell sind die Regierungschefs selbst mit dem Flugzeug im anderen Land. Sie geben Zeitungsinterviews, sprechen über den Rundfunk und zeigen sich in der Fernsehkamera vor den Massen eines fremden Staates. Noch 1908 konnte sich eine Tageszeitung in der Provinz eines beliebigen Staates ein undeutliches Bild von einem vollbärtigen Mann hinlegen und ihn je nach Anfall der Nachrichten zu einem Erfinder oder Raubmörder, russischen Diplomaten oder französischen Abgeordneten deklarieren. Heute wissen die Kinder, wie Chruschtschow oder Eisenhower aussehen. Die Träger des eigenständigen Sozialsystems jedes Landes haben die politischen Entscheidungen den Berufsdiplomaten aus der Hand genommen.

Als vorbildliches Sozialsystem gilt aber nicht mehr die Spätform des westeuropäischen Kapitalismus, die in ihre Sitten Traditionen der feudalen Jahrhunderte

übernommen hat. Die Internationale derjenigen, die sich 1908 gegenseitig als feine Leute anerkannten, ist zerbrochen. Damals wunderte man sich über den Ton eines Theodore Roosevelt, man hatte Chruschtschow noch nicht gehört.

Die Staaten, die miteinander im politischen Verkehr standen, erkannten sich damals als Glieder einer einheitlichen Sozialwelt an. Jenseits ihrer Grenzen lag das vorweltliche Barbarentum, das erstarrte China, das angeblich parvenühafte Südamerika, die Welt der Häuptlinge oder der Massen. Die Japaner der Meiji-Periode hatten gelernt, Uniformen und Gehrocke europäischen Schnitts zu tragen.

Die Weltpolitik ist durch eine Weltrevolution von Grund auf verändert worden. Seit der Oktoberrevolution im Rußland des Jahres 1917 wird Diplomatie auch von Männern in Schirmmützen betrieben. Man dehnt seine Macht nicht nur durch Krieg oder Handel aus, sondern auch durch Umsturz und Gleichschaltung. Die berufsrevolutionären Vorkämpfer der kommunistischen Gesellschaftstheorie sind zu einem weltpolitischen Faktor geworden, während sie 1908 noch im Untergrund einiger Verschwörercafés oder auf den Inseln ihrer politischen Asyle saßen. Seit der Machtergreifung des Kommunismus in einem Lande ist tatsächlich jede internationale Auseinandersetzung ein Vorspiel des Bürgerkriegs. Soziale Fronten schneiden quer durch die Staatenordnung hindurch. Die Inhaber der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht rivalisierten 1908 miteinander um die Positionen dieser Macht, aber sie wollten nicht die Merkmale der Macht überhaupt verändern. Heute aber hat jeder Staat soziale Bundesgenossen in jedem anderen Lande: Jordanien in Ägypten und Ägypten im Libanon, Libanon in Frankreich und Frankreich in Jugoslawien, Jugoslawien in Rußland und Rußland in Großbritannien, Großbritannien in Indien und Indien in Indonesien.

Die Siegermächte des ersten Weltkrieges versuchten zunächst, die russische Revolution rückgängig zu machen. Nach dem Scheitern ihrer Interventionsversuche isolierten sie Rußland. Lenin und später Stalin antworteten mit der Mobilisierung der kolonial abhängigen Länder und mit der Bildung revolutionärer Kerne in allen Staaten. Die Ausbreitung oder die Abwehr des Kommunismus wurde zu einem weltpolitischen Problem, während sie um 1908 trotz der revolutionären Ereignisse im Zarenreich nach der Niederlage im Japankrieg noch eine Art Zweikampf zwischen internationalen Verschwörern und international zusammenarbeitender Polizei gewesen war.

Im ersten Weltkrieg entstand die Wirklichkeit eines kommunistischen Staates. Im zweiten Weltkrieg breitete sich das Wirtschafts- und Ideensystem des Kommunismus über die Grenzen dieses Staates hinaus bis tief nach Europa und Asien hinein aus. Die Ausbreitung bewirkte die Teilung Deutschlands, Koreas, Chinas und Vietnams, die Sorge vor ihr überschattet die weltpolitischen Aktionen der nichtkommunisti-

schen Staatsmänner. Der Dialog der Weltmächte ist zugleich ein ideologisches Gespräch und der Versuch sozialpolitischer Agitation.

Der Kommunismus herrscht in der Sowjetunion, in Ost- und Südosteuropa, im festländischen China, in Teilen Koreas und Vietnams, in der Mongolei und in Tibet. Er besitzt starke Kader in Japan, Indonesien, Burma und Indien, Ansatzpunkte in Algerien und Südafrika, Parteigänger in Brasilien und Mexiko, kräftige Tochterparteien in Italien, Frankreich und Finnland. Seine Gegner herrschen unbestritten in Nordamerika, Großbritannien, Westdeutschland, der Schweiz, Skandinavien, den Niederlanden, Spanien, Portugal, der Türkei, dem Iran und Pakistan, Thailand und den Philippinen, Australien und Neuseeland. Sie haben Freunde in den kommunistischen Ländern und üben politischen Einfluß in vielen Ländern aus, wo sie nicht allmächtig sind.

Es gibt Staaten, die sich wenig von der Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Antikommunisten betroffen fühlen, am liebsten beide Gruppen als Störenfriede verdammen möchten. Die Kommunisten sagen den Völkern dieser Staaten, daß sie blind gegenüber den eigenen Ketten geworden seien. Die Antikommunisten werfen den Regierungen Blindheit gegenüber gefährlichen Verschwörern vor. Die Position zwischen den beiden Lagern wird von beiden nicht als eine wirklich neutrale Parteilosigkeit anerkannt, sondern als Parteinarbeit für die gegnerische Partei deklariert. Kommunisten und Antikommunisten bemühen sich um eine Zweiteilung der Welt in die Lager ihrer Freunde und Feinde. Dabei haben sie den Hintergedanken, daß sie mit Hilfe ihrer Freunde über kurz oder lang die zweigeteilte Welt zur einheitlichen Welt unter ihrer eigenen Herrschaft machen könnten. Die Kommunisten predigen die Befreiung vom Ausbeutungssystem, das sich ihrer Ansicht nach in die nichteuropäischen Länder verlagert hat. Die Antikommunisten predigen die Befreiung von der Gefahr eines militärisch-bürokratischen Zwangsstaates der allgemeinen Nivellierung und Gleichschaltung. Die Weltpolitik ist im Gegensatz zu 1908 von den Schlachtrufen dieses Religionskrieges erfüllt. Nicht nur setzen sich die andersgläubigen Minderheiten beider Lager einer Gefahr der Verfolgung aus, sondern man fordert alle Unbeteiligten zur Parteinarbeit auf. Man ruft Außenstehende herein, wie sich die Parteien des Dreißigjährigen Krieges in Europa um eine Intervention des Türkensultans bemühten. Man kämpft um den Primat der Welt, wie man damals um den Primat Europas kämpfte.

Es ist aber nicht nur der Kommunismus, der die soziale Umgestaltung so zu einer Sache der Weltpolitik gemacht hat, wie es die Französische Revolution mit der Herstellung der bürgerlichen Gleichheit getan hatte und wie die Araber mit dem Islam eine neue Soziallehre in die eroberten Länder brachten, aus der eine Veränderung der sozialen Wirklichkeit entstand. Im ersten Weltkrieg waren die alliierten De-

mokratien zunächst von Unbehagen erfüllt, als die Heere des Westens im Bunde mit dem Zarenreich kämpfen sollten. Erst die Februarrevolution 1917 stellte hier, gerade im Augenblick des amerikanischen Kriegseintritts, die Übereinstimmung von Ideologie und Wirklichkeit her. Andererseits bedeutete der Kampf gegen den „deutschen Militarismus“ eine Ablehnung der aus dem östlichen Mitteleuropa stammenden Sozialverfassung, die in Preußen, Böhmen oder Ungarn bis 1918 vorherrschte. Es ging nur vordergründig um die staatliche Ordnung, in Wahrheit um eine gesellschaftliche Umwälzung.

Damals wußte man auch im Westen noch nicht, wie diese gesellschaftliche Umwälzung einmal aussehen sollte. Man blieb im staatlichen Vorraum der gesellschaftlichen Realitäten, so daß man dem durchschlagenden Kommunismus gegenüber sofort in die Defensive gedrängt war.

Zwischen den beiden Weltkriegen jedoch vollzog sich ein allmählicher Durchstoß von der staatlichen zur gesellschaftlichen Demokratie. Man überprüfte die eigenen Gesellschaftsstrukturen um so sorgfältiger, als das internationale Phänomen des „Faschismus“, einer militärisch-außenpolitischen Ablenkung sozialer Spannungen, die Weltpolitik zusätzlich belastete, die ohnedies mit der Tatsache des Kommunismus nicht ins Reine gekommen war. Es gab Vorklänge dieser Überprüfung unter den ersten Labour-Regierungen Großbritanniens und Skandinaviens. Entscheidend jedoch war das Jahr 1933, als der zweite Präsident Roosevelt die mächtigen USA durch seine New-Deal-Politik auf eine neue Grundlage stellte. Frankreich folgte unter der Volksfrontregierung Blum mit dem Anfang einer radikalen Neuordnung. Großbritannien fand dann im zweiten Weltkrieg die Parole des „Wohlfahrtsstaates“, die nach dem Kriege die soziale Demokratie verwirklichen sollte.

Noch war die sozialreformerische Parole vom Wohlfahrtsstaat nur ein innenpolitisches Programm. Aber schon während des zweiten Weltkrieges überlegten sich die kommenden Sieger, wie sie die Grundprinzipien ihrer sozialen Ansichten auch weltpolitisch verwirklichen könnten. Was Wilson, der 1917 ein nur politisches Programm für die Welt verkündet hatte, nicht geglückt war, gelang den Nachfolgern Roosevelts. Sie sammelten zahlreiche Regierungen und einen großen Teil der Menschheit um die Hoffnung, daß man durch gemeinsame Anstrengungen die Grundsätze des Wohlstandsausgleichs, der Mindestbedarfsdeckung für alle, der Herstellung gleicher Ausgangschancen, der sozialen Gerechtigkeit auch in der Weltpolitik verwirklichen könne. Das amerikanische Sozialethos begegnete sich mit den Forderungen der großen Religionen, den Wünschen der päpstlichen Sozialzyklen, den Lehren Gandhis, den Bestrebungen der revisionistischen Sozialdemokraten aller Länder, denen der Preis des Terrors für die Verwirklichung kommunistischer Grundsätze zu hoch zu sein schien.

Der Geist der UNO ist von dieser Hoffnung bestimmt worden. Insbesondere die Nebengliederungen der UNO: Arbeitsamt und Weltgesundheitsorganisation, FAO und UNESCO, Flüchtlingshilfe und Kinderhilfe, Währungsfonds, Weltbank und wirtschaftliche Regionalkomitees, Treuhandausschuß sowie Wirtschafts- und Sozialausschuß, bemühen sich um eine Verwirklichung der erweckten Erwartungen.

Die Weltpolitik ist seit 1945 durchzogen von Ungeduld über die Langsamkeit dieser Verwirklichung, von Anfängen und Vertröstungen, von Vorwürfen und beruhigenden Erklärungen. Marshallplan und COMECON, Technische Hilfe und SUNFED, Colombo-Plan und FIDES sind zu wichtigen Vokabeln der Weltpolitik geworden. Es geht nicht mehr nur um Grenzen und Einflußgebiete, man manövriert nicht mehr nur um die Sitzordnung, sondern man konkurriert mit Hilfsangeboten um die Gunst wirtschaftlich schwacher Staaten, man arbeitet im Wettbewerb nebeneinander. Man sucht politische Sicherung nicht nur durch militärische Deckung, sondern durch soziale Beruhigung. Die Kommunisten haben seit Stalins Tod in zunehmendem Maße die gleichen Methoden verwendet. Auch sie halten nicht mehr an ihren alten, perfektionistischen Zeitplänen fest, sondern gewinnen lieber erst einmal Sympathien durch Konsumerhöhung, anstatt der Menschheit einen unabänderlichen Entwicklungsplan auferlegen zu wollen.

Die Weltpolitik wird nun aber durch die Tatsache bestimmt, daß keines der konkurrierenden Lager bis 1958 die einmal geweckten Erwartungen erfüllen konnte. Die Not ist groß, ihre Größe ist sichtbar geworden, als sie es 1908 war. Sie ist das wichtigste Thema der Weltpolitik. Niemand läßt sich mehr durch langfristige Versprechungen beruhigen. So herrscht eine dynamische Tendenz vor, während vor einem halben Jahrhundert das Herrschaftssystem auf der Erde in sich statisch zu sein schien, selbst wenn einzelne Gewichte dann und wann verschoben wurden. Die Weltpolitik heute steht im Zeichen der Bereitschaft zu grundlegenden Umwandlungen. Diese Umwandlungen könnten insofern wirklich einen neuen Grund legen, als sie den Alltag von Millionen neu formen. Es geht in der Weltpolitik darum, daß die Millionen, die dank der Malariabekämpfungsmittel und anderer medizinischer Techniken unerwartet am Leben geblieben sind, auch ein menschenwürdiges Leben führen können. Die Weltpolitik hat die soziale Dimension entdeckt. Sie ist demokratisiert worden.

WELTPOLITIK UND WELT WIRTSCHAFT

Die Entdeckung der sozialen Dimension bedeutet die Konfrontierung mit wirtschaftlichen Realitäten. Die Trennungsmauern zwischen den Lebensbereichen brechen nieder. Man merkt am eigenen Leibe, daß

Wirtschaft politisch relevant ist und daß Politik Voraussetzung der Wirtschaft ist. In der sozialen Wirklichkeit begegnen sich Politik und Wirtschaft, Technik und Religion, Weltordnung und Einzelperson.

Die soziale Wirklichkeit ist so kompliziert, daß man sie nur mit einer Vielfalt von Spezialwissenschaften begreifen kann. Sie ist aber so unauflöslich zu einer Einheit verwoben, daß man den Blick auf sie nur mit Hilfe einer jenseits der Einzelwissenschaften liegenden Gesamtschau freimachen kann. Rohstoffpreise und Investitionsraten sind als politische Fakten zu erkennen wie vorher schon Rohstoffvorkommen und Änderungen im Bevölkerungsdruck. Die Begrenzung der europäischen Macht vollzieht sich nicht nur in der Weltpolitik, sondern auch in der Weltwirtschaft, sie ist eine soziale, geistige, menschliche Tatsache. Der Aufstieg der Weltmächte über die Großmächte und die Auflösung des Staatensystems zu einem vielstimmigen Chor von Regierungen hat handelspolitische und investitionstechnische Folgen. Das Erwachen des sozialen Gewissens ist nicht nur in die nationalwirtschaftlichen, sondern auch in die weltwirtschaftlichen Kalkulationen aufzunehmen. In einer mühseligen und vielfältigen Entwicklung kommt die Menschheit einer Periode näher, in der Menschen nicht mehr Herrschaftsobjekte von Menschen sein sollen. Unter dem furchtbaren Preis von Hekatomben haben die vergangenen fünf Jahrzehnte dieses Ereignis deutlich werden lassen.

Damit stehen Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft vor der Aufgabe einer Neubestimmung, die aus den Lehren des halben Jahrhunderts Folgen zu ziehen hat. Die Kategorien und Maßstäbe ändern sich wie bei der Entdeckung Amerikas, bei der Bildung großräumiger Nationalwirtschaften im 19. Jahrhundert oder bei der Erkenntnis des sozialen Problems in der Industriegesellschaft. Politische und geistige Fakten, geographische und historische Einsichten sind für Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft wichtiger denn je, wie umgekehrt nur die Kenntnisnahme wirtschaftlicher Tatsachen ein politisches, geistiges, geographisches oder historisches Urteil erlaubt.

Das halbe Jahrhundert, das 1958 endet, hat uns der Einsicht von der Einheit der Welt nähergebracht. Diese Einsicht gilt nicht nur für die vielfältigen Kontinente und Menschheitsgruppen, Staaten und Parteien, Klassen und Schichten, sondern auch für die parallel und oftmals allzusehr isoliert entwickelten Methoden der gesellschaftlichen Erkenntnis, weil die Gesellschaft der Menschheit selbst allmählich als einheitliche Ordnung aus den vielen Gesellschaften zu entstehen beginnt. Der Focus im Spiegel der Erkenntnis muß tiefer gelegt werden, wenn er die Welt von 1958 zum Nutzen aller fassen soll.

Summary: Half a Century of Changes in World Politics as Background to Changes of World Economy. In a thorough study of the political constella-

Résumé: Cinq décades de transformations politiques internationales — Causes du changement de structure de l'économie mon-

Resumen: La transformación de la política mundial en los últimos 50 años en el fondo de la transformación de la economía mundial. —

tions in the different areas of the world the author depicts the changes of political conditions, which occurred in five decades and which face today's world economy. While 50 years ago the countries of the European-American cultural sphere with their legal and social order as well as with their languages influenced the world decisively, today this supremacy does not exist anymore, owing to the fact that the power of Europe has been limited by power-centres outside Europe. The rise of China and the will to independence and self-government, which Europeans have to consider in Asia, in the Middle and Near East and in Ibero-America, show most clearly that Europe loses influence all over the world. In the author's opinion the changes in the political structure are proven by the fact that the former Major Powers, the "old" states of the European system, as compared with the present World Powers, have lost their importance and only occupy the position of medium and small states. The Concert of Europe became a dialogue of the two World Powers, which in consequence of the war-alliances surpassed the group of Major Powers. The author emphasizes the fact that, as compared with the former importance of diplomacy, today the representatives of the social systems are coming into prominence. The bipartition of the world becomes discernible by the ideological argument and the socio-political agitation. The wakening of the social conscience has to be considered not only in national-economic but also in world-economic calculations.

diale. Dans son analyse synoptique des constellation politiques régnant dans les grandes unités régionales de notre planète, l'auteur trace le tableau des changements, survenus au cours du dernier siècle, dans les conditions politiques en tant que données pour l'économie mondiale d'aujourd'hui. Auparavant les pays représentant la civilisation américain-européenne donnaient le ton dans le monde entier. Leurs langues, leurs systèmes judiciaires et sociaux étaient prépondérants. De nos jours, cependant, la prédominance de la civilisation européenne n'existe plus. D'autres centres de gravité et d'autres puissances se sont formés, i. e. des centres extra-européens. Nous sommes témoins de la dé-européanisation du planète. Les exemples illustrant le mieux ce fait consistent dans l'essor de la Chine ainsi que dans l'émancipation et l'arrivée à la souveraineté nationale des pays de l'Asie, du Moyen-Orient, de l'Extrême-Orient, de l'Afrique et de l'Amérique Latine. Aujourd'hui les Européens sont obligés de respecter l'indépendance des Non-Européens. Selon l'auteur ce changement de structure politique trouve son reflet dans la dégradation des anciennes Grandes Puissances, des „vieux" Etats du système européen. Comparativement aux deux puissances mondiales de nos jours, ils se trouvent renvoyés au second rang. Avant il y avait le concert des Grandes Puissances. Aujourd'hui il y a le dialogue des Deux. Ils ont éclipsé les autres „Grands", surtout par leurs alliances pendant les deux guerres mondiales. L'auteur souligne le fait que ce ne sont plus les diplomates qui se trouvent au premier plan, mais les représentants des systèmes sociaux. Ce partage en deux du monde trouve son expression dans la discussion idéologique et dans l'agitation politico-sociale. Le réveil de la conscience sociale constitue un facteur décisif, aussi bien dans le domaine des économies nationales que dans celle de l'économie mondiale.

Considerando ampliamente la constelación política de las diferentes partes de la tierra, hace el autor una descripción de los cambios acaecidos durante las últimas cinco décadas en las condiciones políticas a las que se enfrenta la economía política actual. Hace 50 años tenían la soberanía los países pertenecientes al círculo cultural de Europa y Norte América con sus constituciones, su orden de derecho, orden social y con sus idiomas. Hoy en día ya no subsiste esa soberanía debido a la limitación del poder europeo por el surgimiento de nuevos centros de poder situados fuera de la esfera europea. Esta des-europerización del mundo se hace más notoria con el levantamiento de China, por su deseo a independizarse y a formar un estado libre y soberano. Estos deseos tienen que ser respetados por los europeos en Asia, en el Medio Oriente, en el Cercano Oriente, en Africa y en Iberoamérica. El autor establece el cambio de la estructura política en el hecho, de que las grandes potencias anteriores, los estados "viejos" del sistema europeo, han perdido importancia hasta quedar reducidos a pertenecer a un rango medio o pequeño en comparación con las potencias mundiales. Del "concierto" de las grandes potencias se constituyó un diálogo entre las dos potencias mundiales, que sobresalieron de entre el grupo de las "grandes", debido a las alianzas que tuvieron lugar durante las guerras mundiales. El autor señala que, diferenciándose del significado anterior de la diplomacia, tienen hoy en día mayor importancia los responsables de los sistemas sociales. La división del mundo en dos partes es visible en los cambios de opinión ideológicos y en las agitaciones político-sociales. La manifestación de la conciencia social no debe ser considerada únicamente en las calculaciones económicas nacionales sino que también en los cálculos económicos mundiales